

Antrag 2

EINGEGANGEN  
01. SEP. 2023

1 **Juristenausbildung in das 21. Jahrhundert bringen –**  
2 **juristisches erstes Staatsexamen weiterentwickeln.**

3 **Antrag**

4 **an den Kreisparteitag der CDU NORDFRIESLAND am 16.9.2023:**

5 **der Kreisparteitag möge beschließen:**

6 Die CDU Nordfriesland fordert:

- 7 • die Einführung des elektronischen Examens (E-Examen) bis 2026.  
8 • die Reduzierung der Stoffmenge an Rechtsgebieten in der staatlichen  
9 Pflichtfachprüfung (bspw. Arbeitsrecht und Internationales Privatrecht).  
10 • die Garantie des Ruhetages während der Examensklausuren.  
11 • eine neue Zusammensetzung der Examensnote, die Leistungen während des Studiums  
12 berücksichtigt, wie unter anderem die sogenannten „großen Übungen“.  
13 • eine zeitnahe Realisierung des integrierten Jura-Bachelors.  
14 • Möglichmachung des Abschichtens bei Examensklausuren.

15  
16 **Begründung:**

17  
18 Die Unzufriedenheit mit der juristischen Ausbildung ist zu einem aktuellen Dauerthema der  
19 Rechtswissenschaften und -politik ausgewachsen. Anlässlich fortdauernder Diskussionen  
20 hat die sogenannte „iur.reform“-Studie sich des Themas umfangreich empirisch  
21 angenommen. Infolge dessen wurden über 11.000 Teilnehmer umfangreich befragt,  
22 einschließlich Juristinnen und Juristen in der Justiz (bspw. Richter, Staatsanwälte,  
23 Prüfungsjämter). Dabei bildeten rund 43% der Teilnehmer Studentinnen und Studenten.<sup>1</sup> Im  
24 Ergebnis wird deutlich: Die Mehrheit will eine Reform des Studiums. Das betrifft  
25 insbesondere aus Sicht der Studentinnen und Studenten die emotionale Belastung durch  
26 die Notenzusammensetzung der Examensnote. Sie begründet sich unter anderem darin,  
27 dass die Note keine Leistungen des Studiums berücksichtigt, mit Ausnahme des  
28 Schwerpunktes – jedoch in geringem Umfang.

29  
30 Die Strukturen des Studiums der Rechtswissenschaften haben sich seit Begründung vor 150  
31 Jahren nur wenig geändert. Eine Umstellung auf ein Studium nach Bologna-Prozess  
32 (Bachelor und Master) ist indes nicht das Ziel. Die Ansprüche an die juristische Ausbildung

---

<sup>1</sup> Im Weiteren zur Studie: <https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/ergebnisse-studie-reformbedarf-juristische-ausbildung-iur-reform-examen>; vollständige Studie: <https://iurreform.de/>

33 müssen auch weiter hoch bleiben, um Qualität zu gewährleisten. Es ist jedoch Zeit, das  
34 Staatsexamen zu modernisieren. Hierzu gehört alleine schon, dass es möglich sein muss,  
35 Klausuren auch digital zu verfassen (weiterhin aber als Aufsichtsarbeit).

36  
37 Das Einzige, was sich kontinuierlich entwickelt, ist die Menge an Prüfungsstoff, der in den  
38 JAVO der Länder vergrößert wird. Es kamen im Laufe der letzten Jahrzehnte zahlreiche neue  
39 Rechtsgebiete hinzu, die neben dem eigentlichen juristischen Kern von Zivilrecht (BGB,  
40 ZPO), öffentlichem Recht (GG, VwVfG, VwGO, LVwG, ff.) und Strafrecht (StGB, StPO)  
41 beherrscht werden müssen. Es ist kritisch zu überprüfen, welche weiteren Rechtsgebiete  
42 (bspw.  
43 Arbeits-, Umweltrecht oder Internationales Privatrecht) zwangsläufig in einer  
44 Examensprüfung selbst enthalten sein sollten.

45  
46 Ziel muss es sein, das Studium attraktiver zu gestalten und den Existenzdruck, der sich im  
47 Examen auf wenige Tage Prüfungsleistung komprimiert, zu reduzieren. Gleichzeitig sollten  
48 Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden. Im Falle des Nichtbestehens eines  
49 Examins, ergibt sich durch den sogenannten integrierten Jura-Bachelor die Möglichkeit,  
50 trotz mehrjährigen Studiums und zahlreicher Leistungen (alleine bis zur Zulassung zu den  
51 Examensprüfungen), anzuknüpfen und nicht „auf Null“ zu fallen. Das verschwendet weniger  
52 Steuergelder durch das bereits erfolgte Studium und insbesondere wirkt es einem Arbeits-  
53 und Fachkräftemangel entgegen, indem es junge Menschen nach Jahren eines Studiums  
54 nicht zurücklässt.

55  
56 **Antragssteller:**

57 JUNGE UNION NORDFRIESLAND